

Familienforschung für Europa

Europäische Beobachtungsstelle zur sozialen Situation, Demographie und Familie: Eine Bilanz nach sechs Jahren internationaler Zusammenarbeit

Im Jahr 1998 wurde das Österreichische Institut für Familienforschung von der Europäischen Kommission beauftragt, die Koordination der Europäischen Beobachtungsstelle zur sozialen Situation, Demographie und Familie zu übernehmen. Am Ende dieser Periode ist es Zeit, Bilanz zu ziehen und auch Dank für die engagierte, europaweite Zusammenarbeit auszusprechen.



Arbeit der neuen "Beobachtungsstellen", die von der Europäischen Kommission in der erweiterten Europäischen Union eingerichtet werden.

Wenn sich eine Periode enger Zusammenarbeit ihrem Ende zuneigt, ist es auch Zeit, Dank zu sagen. Wir möchten an

In dieser Sonderausgabe gibt Constantinos Fotakis einen Überblick über die Arbeit der Beobachtungsstelle aus der Sicht der EU-Kommission. Über die beim Seminar 2004 präsentierten Schwerpunktthemen berichten Nationale ExpertInnen der Beobachtungsstelle und Mitglieder des Wiener Koordinationsteams. Walter Bien stellt sich der Herausforderung, die Fülle an Informationen in den Länderberichten zur Situation der Familien in EU-15 zusammenzufassen.

Die themenzentrierte wie auch die allgemeine Arbeit der Beobachtungsstelle wird in Büchern dokumentiert. Diese beiden Bände bilden das Fundament für die

dieser Stelle den VertreterInnen der Europäischen Kommission, insbesondere Constantinos Fotakis, Graham Taylor sowie all ihren VorgängerInnen, unseren besonderen Dank aussprechen. Die Nationalen ExpertInnen waren nicht nur die treibende Kraft der Beobachtungsstelle, sondern haben sie auch auf nationaler Ebene mit Engagement vertreten. Ein herzliches Dankeschön sagen wir hiermit allen Nationalen Expertinnen und Experten. Dank gebührt auch den ehemaligen Leitern der Beobachtungsstelle, Helmut Wintersberger und Rudolf Richter, unseren KollegInnen im Wiener Koordinationsteam, den MitarbeiterInnen des ÖIF für ihre engagierte Arbeit in den letzten sechs Jahren sowie allen, die - in welcher Form auch immer - zur Arbeit der Beobachtungsstelle beigetragen haben.

Brigitte Cizek

Geschäftsführerin des ÖIF
Leiterin der Beobachtungsstelle

Sylvia Trnka

Koordinatorin der
Beobachtungsstelle



Familienforschung in der EU zum Nachlesen

Die Ergebnisse der langjährigen Forschungstätigkeit im Rahmen der EU-Beobachtungsstelle sind auf folgender Homepage dokumentiert und können dort nachgelesen und heruntergeladen werden:

http://europa.eu.int/comm/employment_social/eoss/index_de.html

Für Fragen zur Beobachtungsstelle wenden Sie sich bitte an Mag. Dr. Brigitte Cizek:

E-Mail: brigitte.cizek@oif.ac.at oder Tel: +43-1-5351454-18 oder schreiben an: team@oif.ac.at

Umsetzung innovativer Forschungsergebnisse für die EU-Politik

Ein Kommentar von Constantinos Fotakis, EU-Kommission



Lässt man die Konferenz der Beobachtungsstelle - in der sie über ihre Arbeitsschwerpunkte in den letzten sechs Jahren Bilanz zog - sowie die verschiedenen informativen Beiträge, die dort präsentiert wurden, Revue passieren, zeigt sich

klar und deutlich, dass die Beobachtungsstelle erfolgreich tätig war. Die Europäische Kommission konnte auf ein Netzwerk kompetenter Fachleute in den Bereichen soziale Situation, Demographie und Familie zurückgreifen, das aktiv dazu beigetragen hat, europäischen PolitikerInnen Wichtiges aus der akademischen Forschung und nationalen politischen Debatte in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen.

Im Jahr 2000 widmete die Beobachtungsstelle ihre Arbeit und ihr Seminar den Themenbereichen Fertilität, Mutterschaft und Kindererziehung. Im Mittelpunkt stand die Frage nach dem Zusammenhang zwischen sinkenden Geburtenraten und Veränderungen in der Familie und deren Lebensbedingungen. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Auswirkung von (familienpolitischen) Maßnahmen auf die Fertilitätsrate. Die beim Seminar aufgezeigte Verflechtung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mit der Realisierung des Kinderwunsches ist für die europäische Politik von größter Relevanz und hat auch in den Bericht der Hochrangigen Gruppe für die Zukunft der Sozialpolitik Eingang gefunden.

Das Interesse an intergenerationalen Beziehungen, veränderten Familienmustern und neuen Lebensformen ist in den letzten Jahren stark gestiegen, weshalb sich die Beobachtungsstelle im Jahr 2001 vorrangig mit diesen Fragen beschäftigte. An von der Beobachtungsstelle aufgezeigten Veränderungen sind u. a. kleinere Familien, mehr gescheiterte Ehen, mehr Lebensgemeinschaften ohne Trauschein - und dadurch mehr unehelich geborene Kinder - sowie mehr allein lebende Menschen zu nennen. Auch das Modell des Übergangs ins Erwachsenenalter hat sich verändert und die Studienzeiten werden immer länger. All diese Faktoren sind für die Debatte über die künftige Sozialpolitik in der erweiterten EU von größter Bedeutung.

Im Jahr 2002 lag der Arbeitsschwerpunkt des Netzwerks der Beobachtungsstelle auf der äußerst komplexen und politisch brisanten Frage der wirt-

schaftlichen und sozialen Integration von MigrantInnen. Angesichts der postindustriellen Migrationswelle, durch die sich die sozialen Folgewirkungen von Zuwanderung änderten und in einer verstärkten Beteiligung von MigrantInnen an der sozioökonomischen Infrastruktur resultierten, ist dies eine hochrelevante Thematik. Die EU hat in ihrer Arbeit viele der gewonnenen Einsichten und Ergebnisse aufgegriffen.

Im Jahr 2003 analysierte die Beobachtungsstelle die Wechselbeziehung zwischen Familie und Gesundheit. Die Familie hat vielfältige Bezüge zum Gesundheitssystem. Sie wirkt als Akteur in der Gesundheitsförderung oder als Institution in der Gesundheitsfürsorge auf unterschiedlichen Ebenen und leistet somit ihren Beitrag zum Wohlergehen der einzelnen Familienmitglieder. In einer rasch alternden Gesellschaft und angesichts der wachsenden Belastung der Gesundheitssysteme könnte diese Wechselwirkung auf EU-Ebene politisch zunehmend relevant werden.

Die wichtigen Diskurse, die uns die Beobachtungsstelle ermöglicht hat, haben in vielen Bereichen der EU-Politik ihren Widerhall gefunden und werden dies auch in Zukunft tun. Darüber hinaus ist es der Beobachtungsstelle gelungen, ihre Erkenntnisse auch außerhalb der Kommission zu verbreiten. Sowohl in anderen Einrichtungen der EU als auch in den einzelnen Mitgliedstaaten wird man sich der angesprochenen Thematiken zunehmend bewusster.

Ich möchte daher diese Gelegenheit nutzen, um den ExpertInnen der Beobachtungsstelle im Namen der Europäischen Kommission nochmals für ihre informative, wichtige und qualifizierte Tätigkeit in den letzten Jahren zu danken. Weiters möchte ich dem Koordinationsteam in Wien, und insbesondere Sylvia Trnka, meinen persönlichen Dank für ihre wertvolle Arbeit aussprechen. Ich bin überzeugt, dass die effiziente und effektive Koordination erheblich zum Erfolg der Beobachtungsstelle beigetragen hat.

INFO

Constantinos Fotakis, Leiter der Abteilung Analyse der sozialen und demographischen Lage, GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, EU-Kommission
http://europa.eu.int/comm/employment_social/index_de.html
 E-Mail: constantinos.fotakis@cec.eu.int

Die **Beobachtungsstelle** durch die **Linse** ...



Seminar in
Brüssel 2004



Seminar in
Tutzing 2003



Seminar in
Helsinki 2002



Fertilitätstrends in der EU

Ein Kommentar von Eva Bernhardt, Nationale Expertin für Schweden

In der Europäischen Union geben die anhaltend niedrigen Geburtenraten (1,5 Kinder pro Frau in EU-15 im Jahr 2002) weitverbreiteten Anlass zur Sorge. Die Fertilitäts- oder Fruchtbarkeitsrate liegt also unter dem Bestanderhaltungsniveau, was langfristig eine zunehmende Alterung der Bevölkerung und einen Bevölkerungsrückgang bedeutet. Die Situation in den neuen EU-Mitgliedstaaten ist keineswegs besser, sondern eher noch schlechter.

Das Fertilitätsniveau ist ein wesentliches Element der Zukunft europäischer Gesellschaften, die vorwiegend auf intergenerationaler Solidarität beruhen. Aus diesem Grund stellt die derzeitige demographische Lage eine ernste Bedrohung für die Fortschreibung der sozialen Sicherheitssysteme in ihrer gegenwärtigen Form dar. Anhaltend niedrige Fertilität erhöht das Ungleichgewicht zwischen den jüngeren und älteren Generationen. Angesichts der vermutlich auch in Zukunft anhaltenden Bevölkerungsalterung wird es notwendig sein, politische Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, die darauf abzielen, mehr Unterstützung zu gewähren bzw. Belastungen zu verringern.

Niedrige Geburtenraten sind vor allem ein Zeichen für Probleme in der Familie sowie für mangelnde soziokulturelle Anpassung an die neue Situation von Frauen. Da sich das Reproduktionsmodell vom Typ ‚Familienerhalter-Hausfrau‘ zum Typ ‚Doppelverdiener‘ verlagert hat, sind gesellschaftliche und strukturelle Unterstützung dringend nötig, damit die Menschen Berufstätigkeit und Familie unter einen Hut bringen können. Der Konflikt zwischen dem privaten Modell der Reproduktion und dem öffentlichen Modell der marktwirtschaftlichen Produktion ist der Hauptgrund für die anhaltend niedrige Fertilität, weshalb es sowohl in der Familie (in den Beziehungen zwischen Mann und Frau) als auch am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft radikaler Veränderungen bedarf.

Die Sozialwissenschaften haben noch keine brauchbare These für die Prognose zukünftiger Fertilitätsniveaus in postdemographischen Übergangsgesellschaften

gefunden. Es gibt sowohl Argumente, die - zumindest in einigen Ländern - für eine Erholung der Geburtenraten sprechen, als auch solche, die einen weiteren Rückgang erwarten lassen. Im Großen und Ganzen klingen die für eine weitere Reduktion der Geburtenraten vorgebrachten Argumente (z. B. Individualisierungstrend, mehr instabile Partnerschaften und zunehmende Unabhängigkeit der Frauen) überzeugender als jene, die einen Anstieg vorhersagen (z. B. die Folgen fertilitätssteigernder Maßnahmen). Geht es also eigentlich darum, wie sich ein weiteres Absinken der Fertilität verhindern lässt, oder - anders gesagt - wie man die Fertilitätsraten in Europa stabilisieren kann? Es herrscht zweifellos große Unsicherheit über die künftige Entwicklung der Fertilität in Europa und es empfiehlt sich, die Trends in den einzelnen Ländern aufmerksam zu beobachten. Auch alternative Wege für eine künftige Fertilitätsentwicklung sowie große Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der erweiterten Europäischen Union sind denkbar.



INFO

Prof. Dr. Eva Bernhardt
 Stockholm University Demography Unit
 Center for Women's Research
www.suda.su.se
 E-Mail: eva.bernhardt@sociology.su.se

Familienformen und die junge Generation

Ein Kommentar von Rudolf Richter, Nationaler Experte für Österreich und Mitglied des Koordinationsteams

In den letzten Jahrzehnten hat sich - vor allem bedingt durch die Ausweitung des Schulsystems - das Phänomen ‚junger Erwachsener‘ als spezifische Phase im Lebenszyklus etabliert. Parallel dazu zeigt sich ein Wertewandel sowie der Wunsch, längere Zeit ledig zu bleiben und erst später die Verantwortung für eine Familie zu übernehmen. Diese Entwicklung ist auch gebunden an einen Arbeitsmarkt, der jungen Erwachsenen geringere Chancen auf eine Vollzeitbeschäftigung bietet und es schwierig für sie macht, Arbeit und Familie miteinander zu vereinbaren. Junge Erwachsene gehören - gemeinsam mit den über 50-Jährigen - zu den Spitzenreitern bei den Arbeitslosenraten. Außerdem sind erwerbstätige junge Erwachsene häufig nicht vollzeitbeschäftigt. Viele von ihnen arbeiten typischerweise Teilzeit oder in sogenannten ‚McJobs‘, die nur ein äußerst geringes Maß an sozialer Sicherheit bieten.

Früher wurde man durch ein einziges Ereignis - den Eintritt in den Ehestand - erwachsen. Heute ist Erwachsenwerden ein Langzeitprojekt. Legt man das Alter beim ersten Geschlechtsverkehr zugrunde, machen junge Männer und Frauen heute früher sexuelle Erfahrungen als ihre GeschlechtsgenossInnen vor einigen Jahrzehnten und gehen etwas später als diese ihre erste Ehe ein. Obwohl junge Erwachsene vorwiegend in Partnerschaften leben, bedeutet dies nicht automatisch, dass sie immer einen gemeinsamen Haushalt haben. Die Situation in der Europäischen Union variiert von Land zu Land. In Nordeuropa verlassen junge unverheiratete Paare das Elternhaus etwas früher und leben in einem gemeinsamen Haushalt zusammen. In Südeuropa wohnen viele über 30-Jährige immer noch bei ihren Eltern. Verglichen mit Nordeuropa sind z. B. in Italien doppelt so viele Frauen in der Altersgruppe 20-29 alleinstehend und haben keine Kinder. Selbst wenn sie einen Partner haben, sind in einer Partnerschaft zu leben und Kinder in die Welt zu setzen weitere Schritte in einem mehr als zehnjährigen Prozess. Auch der vollzeitliche Einstieg in den Arbeitsmarkt hat sich verzögert. Früher heiratete man, wenn man die Schule beendet hatte, Männer gingen einer Erwerbstätigkeit nach, Frauen bekamen ein Kind, man verließ das Elternhaus und gründete einen eigenen Haushalt. Heute macht man jeden dieser Schritte separat.

Die Herkunftsfamilien stellen jungen Erwachsenen eine Fülle finanzieller, materieller und kultureller Ressourcen zur Verfügung, wobei das Ausmaß der Unterstützung mit der Dauer der Phase wächst. Ein wichtiger Aspekt sind die Wohnverhältnisse, ein Kernelement der sozialen Qualität. In Europa sind sie für gewöhnlich gut für junge Erwachsene - solange sie bei ihren Eltern leben. Die meisten haben ein eigenes Zimmer und dürfen Freunde einladen. Wenn sie den elterlichen Haushalt verlassen, verschlechtert sich für gewöhnlich ihre Wohnsituation. Wichtig ist auch, darauf hinzuweisen, dass junge Erwachsene in ein Netz sozialer Kontakte eingebettet sind. Familienmitglieder verlieren an Bedeutung, während Freunde und öffentliche Plätze an Bedeutung gewinnen.

Was das politische Interesse betrifft, kann man junge Erwachsene als aktive SkeptikerInnen bezeichnen, d. h. sie interessieren sich zwar für Politik, jedoch nicht für jene auf der formalen Ebene. Während die Wahlbeteiligung auf nationaler Ebene deutlich zurück geht, ist auf lokaler Ebene ein hohes Engagement festzustellen. Junge Erwachsene sind auch zur Mitarbeit auf informeller politischer Ebene und in gesellschaftspolitischen Bewegungen (z. B. in ökologischen oder feministischen Gruppen) bereit.

INFO

Univ.-Prof. Dr. Rudolf Richter
Universität Wien
Institut für Soziologie
www.univie.ac.at
E-Mail: rudolf.richter@univie.ac.at

Migration in der erweiterten EU

Ein Kommentar von Johannes Pfliegerl, Mitglied des Koordinationsteams

Seit dem Ende der 1980er-Jahre entwickelt sich Europa zu einer der größten Einwanderungsregionen der Welt. Selbst in den neuen Mitgliedstaaten hat sich die Situation dramatisch verändert. Während in diesen Ländern früher kontrollierte Emigration und stark beschränkte Immigration vorherrschten, sind sie heute mit einer hochkomplexen Migrationssituation und einer enormen Vielfalt von lang- und kurzfristigen Migrationsbewegungen aus und in die Regionen sowie innerhalb ihrer Regionen konfrontiert.



Charakteristisch für diese Entwicklung sind ein verstärkter Zustrom von MigrantInnen und ein Anstieg der ausländischen Bevölkerung in der EU, gekoppelt mit einer zunehmenden Diversifizierung bei den Migrationsbewegungen und Herkunftsländern der MigrantInnen. In diesem Kontext hat sich familienbezogene Migration zur wichtigsten legalen Migrationsform in der Europäischen Union entwickelt.

Viele Fachleute sind der Meinung, dass der Familie im Migrationsprozess eine bedeutende Rolle zukommt, da Emigration ein kritisches Ereignis darstellt, das sowohl Risiken als auch Chancen in sich birgt. Familiärer Zusammenhalt spielt eine entscheidende Rolle, wenn es gilt, im Aufnahmeland Probleme zu lösen. Darüber hinaus bieten Familienbande nicht nur emotionale Unterstützung, sondern tragen auch zur Bildung von sozialen Netzwerken bei, die ihrerseits Sozialkapital generieren. Bereits im Aufnahmeland ansässige Familienmitglieder helfen den Neuankömmlingen bei der Arbeits- und Wohnungssuche und unterstützen sie auch auf andere Weise. Diese Kettenmigrationsprozesse stärken die familialen Netzwerke.

Migration spielt insbesondere in der Bevölkerungsentwicklung der EU-15 eine bedeutende Rolle und trägt bereits seit einigen Jahren wesentlich zum Bevölkerungswachstum bei. Die Entwicklungen stellen in vielerlei Hinsicht eine Herausforderung für das Selbstbild der europäischen Gesellschaften dar, von denen sich viele nicht als Einwanderungsländer sehen. Europa ist jedoch trotz der veränderten Situation nicht bereit, die neuen Gegebenheiten zu akzeptieren, da die Identität der einzelnen Staaten - und ganz Europas -

nicht auf der Vorstellung beruht, ein Einwanderungsgebiet zu sein. Deshalb scheut sich Europa, auf den neuen - meist globalen - Zustrom von MigrantInnen (Familien, ArbeitsmigrantInnen, AsylantInnen, gebildete Eliten und qualifizierte Arbeitskräfte), die an seine Pforten klopfen, eine klare Antwort zu geben und PolitikerInnen vermeiden es, sich diesbezüglich eindeutig positiv zu positionieren, weil sie die

oft ausländerfeindliche öffentliche Meinung fürchten. Parallel dazu wird Migrationspolitik zunehmend europäischer, d. h. immer mehr Entscheidungen werden auf Gemeinschaftsebene getroffen, wobei man der Überwachung der Außengrenzen Priorität einräumt.

Doch auch wenn die meisten EuropäerInnen meinen, es leben zu viele AusländerInnen in ihrem Land, spricht einiges dafür, dass viele von ihnen bereit sind, bestimmte MigrantInnen - d. h. all jene, die legal eingewandert sind - zu akzeptieren. Dies gibt Anlass zur Hoffnung, dass die EU-Bevölkerung Maßnahmen zur verstärkten sozialen Eingliederung von MigrantInnen positiver gegenübersteht, als man dies bislang vermutet hat.

INFO

Mag. Johannes Pfliegerl, Soziologe am Österreichischen Institut für Familienforschung, www.oif.ac.at
E-Mail: johannes.pfliegerl@oif.ac.at

Familien in EU-15

Ein Kommentar von Walter Bien, Nationaler Experte für Deutschland

Die Familie ist der zentrale Orientierungspunkt im Leben der Menschen in Europa. Da die Familien Europas mit der Gesamtheit der BürgerInnen nahezu deckungsgleich sind, ist alles Handeln europäischer Gremien, das implizit oder explizit Wirkungen auf die Bevölkerung hat, auch auf Familien orientiertes Handeln. Dies gilt unabhängig davon, ob die Institutionen der Europäischen Union eine explizite Zuständigkeit für Familienpolitik haben oder nicht. Die Förderung und Optimierung des Humankapitals (Geburten, Lebenssituation und Bildung) ist die wichtigste Voraussetzung für die Platzierung der Europäischen Union im internationalen Wettbewerb. Familie als Reproduktions-, Sozialisations- und Regenerationsraum und - fast noch wichtiger - als potentieller Puffer für allgegenwärtige Gefährdungen des Lebensverlaufs wird meist unterschätzt, unterbewertet und eher suboptimal gestützt. Nahezu alle gesellschaftlichen Segmente sowohl im regionalen, nationalen oder übernationalen Kontext, übersehen ihre Abhängigkeit von den Leistungen der eigenen Bevölkerung und damit von gut funktionierenden Familien.

Hier hat die Europäische Beobachtungsstelle eine wichtige Vermittlungsaufgabe übernommen, die die Vielfaltigkeit der Ausprägung und Bedeutung von Familien in einem Europa der Freiheit, Regionalität und Individualität abbildet. Die Aufgabe an die einzelnen ExpertInnen, fast zehn Jahre Familienentwicklung, Familienprobleme und Ansätze zur Lösung im eigenen Land zusammenzufassen und dies auf wenigen Seiten niederzulegen, war sehr anspruchsvoll und schwierig zu realisieren. Trotzdem ergeben die unterschiedlichen Angehensweisen, Gewichtungen und Färbungen aus der unterschiedlichen Herkunft der ExpertInnen ein faszinierendes Mosaik von der Situation der Familien in Europa, der Diskussion um die Familie und den Bemühungen von Politik und Administration, auf diese Probleme einzugehen. Dieses Mosaik zeigt, dass nahezu alle Entwicklungen und Probleme in allen Ländern präsent sind, allerdings in unterschiedlicher Intensität und in unterschiedlichen Entwicklungsstadien.

Für Europa insgesamt können die Schlussfolgerungen in einem Beitrag hilfreich sein, der anlässlich der unter der irischen EU-Präsidentschaft durchgeführten Konferenz zum Thema Familie, Wandel und Sozialpolitik in Europa 2004 in Dublin Castle präsentiert wurde:

- Gute Familienbeziehungen werden als der Schlüssel für Lebensqualität gesehen.
- (Potentielle) Eltern akzeptieren keine politischen Einflussnahmen auf Familienstrukturen, Familiengröße, Geburtenraten und pronatalistische Zielvorgaben.
- Innerfamiliäre Solidarität hat zwei Seiten: Einerseits kann sie helfen, den Sozialstaat zu entlasten, andererseits kann sie zur Überlastung der Familien führen, was wiederum den Sozialstaat belastet.
- Innerfamiliäre Solidarität und nicht ein Krieg der Generationen ist der - wenn auch nicht ganz unproblematische - Alltag in Familien.
- Familie wirkt abmildernd auf soziale Ausgrenzung.
- Alleinerziehende mit kleinen Kindern und dauerhaft Arbeitslose fühlen sich nicht nur ausgegrenzt, sondern sind in vielerlei Hinsicht benachteiligt.
- Mehr Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie kann hier helfen.

Insgesamt scheint es so zu sein, dass ein Klima der Akzeptanz, Anerkennung und potentiellen, berechenbaren Unterstützung bei Problemsituationen für (potentielle) Familien mindestens genauso wichtig ist wie konkrete Hilfe und Unterstützungen. Für den Aufbau eines solchen Klimas ist Kompetenzgerangel zwischen den verschiedenen Ebenen von Zuständigkeiten im Rahmen subsidiären Handelns wenig hilfreich. Eine neue Familie zu gründen ist eine persönliche Entscheidung, ebenso wie die Interpretation des Kontextes, in dem die Entscheidung fällt. Die Auswirkungen dieser Entscheidungen sind aber zukunftsweisend für die gesamte Region. Wahrscheinlich ist es für europäische und nationale Institutionen daher besser, auf die Wünsche und Probleme ihrer BürgerInnen einzugehen und das politische Handeln darauf abzustimmen, statt Illusionen weiter zu pflegen, die BürgerInnen den Bedürfnissen der Institutionen anpassen zu können.

Ö
F
I
Z
I

Dr. Walter Bien, Deutsches Jugendinstitut (München)
Leiter der Abteilung für Sozialberichterstattung,
www.dji.de
E-Mail: bien@dji.de

Ein großer Familienforscher ist von uns gegangen!

Ein Nachruf auf Prof. Dr. Max Wingen, Ministerialdirektor a.D.



Mit tiefer Bestürzung haben wir erfahren, dass Prof. Dr. Max Wingen am 28.01.2005 kurz vor seinem 75. Geburtstag verstorben ist. Der Name Max Wingen wird immer eng verknüpft bleiben mit den Begriffen Familienpolitik und Familienwissenschaft.

Am 13.03.1930 in Oberkassel bei Bonn geboren machte Max Wingen nach seinem Universitätsabschluss als Volkswirt rasch Karriere in der Familienpolitik, unter anderem als Ministerialrat im Familienministerium der Republik Deutschland. 1973 erhielt Max Wingen eine Honorarprofessur an der Universität Bochum und 1981 an der Universität Konstanz. In den 1980-ern erfolgte die Gründung der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle unter seiner Leitung als Präsident des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Im Jahr 1992 übernahm Max Wingen die Funktion des Ministerialdirektors im Bundesministerium für Familie und Senioren. Drei Jahre später, 1995, begab er sich in den verdienten Ruhestand. Mit der Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland wurden 1999 seine hervorragenden Verdienste um die Familienforschung und Familienpolitik offiziell gewürdigt. Eine seiner letzten Publikationen soll die Familienpolitik auch in Österreich noch lange begleiten, denn er war sich sicher, "Die Geburtenkrise ist überwindbar" (2004).

Der Witwe von Max Wingen sowie seiner gesamten Familie möchte ich meine aufrichtige Anteilnahme ausdrücken und einige Worte des Trostes mit einem Zitat von Mahatma Gandhi spenden: "Ein Seher hat uns Wanderer genannt. Und das ist wahr. Wir sind nur für wenige Tage hier. Und dann sterben wir nicht, sondern gehen nur nach Hause. Welch schöner und wahrer Gedanke."

Brigitte Cizek
Im Namen des ÖIF -Teams

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber: Österreichisches Institut für Familienforschung

Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien

Geschäftsführerin: Mag. Dr. Brigitte Cizek

Präsident: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal

1. Vizepräsident: wHR i.R. Dkfm. Werner Höffinger

2. Vizepräsident: Univ.-Prof. Dr. Anita Rieder

Weitere Mitglieder des Kuratoriums: Univ.-Prof. Dr. Christian Korunka, Sektionschef a.D. Mag. Ronald Rosenmayr,

Dr. Gertraude Steindl, Univ.-Prof. Dr. Herbert Vonach

Der Informationsdienst des ÖIF informiert 14-tägig in kurzer und verständlicher Weise über familienrelevante Themen aus Wissenschaft und Praxis - unabhängig, wissenschaftlich, interdisziplinär und anwendungsbezogen.

IMPRESSUM

Medieninhaber: Österreichisches Institut für Familienforschung |

1010 Wien | Gonzagagasse 19/8

Hrsg: Mag. Dr. Brigitte Cizek, Mag. Rudolf K. Schipfer

Chefredaktion: Mag. Christina Luef

DVR: 0855561

Österreichische Post AG / Sponsoring.Post Verlagspostamt: 1010 Wien

Zulassungsnr. 02Z0318205

KONTAKT: christina.luef@oif.ac.at, Tel: +43-1-5351454-21

Gefördert durch das Bundesministerium für soziale Sicherheit,
Generationen und Konsumentenschutz (BMSG)

